



Mit der Individualbesteuerung soll die Heiratsstrafe verschwinden.

gebenden Einfluss dürften dabei die weiteren Abstimmungsvorlagen haben. Die SRG-Initiative dürfte vor allem die linksgrüne Basis aufrütteln, die Bargeld-Initiative hingegen das regierungskritische Lager mobilisieren. Zudem können auch kantonale und kommunale Urnengänge die Mobilisierung beeinflussen.

FDP-Mann Mühlemann hofft, dass am 8. März – dem Internationalen Frauentag – insbesondere auch die Frauen an der Urne ein «entschlossenes Signal» zur Abschaffung der Heiratsstrafe setzen. «Die Frauen können diese Abstimmung entscheiden.»

Sammelsack

Lidl ist der erste Discounter, der den Sammelsack nun auch zurücknimmt. Aldi und Denner stehen noch an der Seitenlinie. Die beiden verkaufen zwar in einzelnen Filialen Recybags, nehmen sie bislang aber noch nicht zurück. «Als Schweizer Discounter konzentrieren wir uns derzeit auf den Verkauf der Säcke und verweisen unsere Kundschaft an die offiziellen Rückgabestellen von Recypac», sagt ein Sprecher von Aldi. Auch bei Denner gibts derzeit nur vereinzelt Sammelsäcke zu kaufen. Ein Sprecher kündigt für das zweite Quartal 2026 aber die Rücknahme von Plastiksammelsäcken in zehn Denner-Pilotfilialen in der Ostschweiz an.

Mit Lidl und Denner erhält das Plastiksack-Projekt nun neuen Schub. Die Branchenorganisation Recybac will bis 2030 ein «effizientes Recycling-System» aufbauen und Recyclingquoten von 55 Prozent für Kunststoffe und 70 Prozent für Getränkekartons erreichen.

ULRICH ROTZINGER

NEWS

Wohnungsbau bleibt hinter Bedarf zurück

Zürich – Das Schweizer Bauhauptgewerbe ist im vergangenen Jahr klar gewachsen und dürfte 2026 erneut zulegen. Haupttreiber bleibt laut dem Baumeisterverband (SBV) der Wohnungsbau, der wegen struktureller Hürden jedoch hinter dem Bedarf zurückbleibe. Um die Wohnraumnappheit zu lindern, wären laut dem Verband jährlich rund 50 000 neue Wohnungen nötig – zuletzt wurde diese Marke 2018 erreicht.

Schweiz schaut bei Babymilch-Zutat hin

Brüssel – Die Schweiz und die Europäische Union verschärfen ihre Grenzkontrollen für eine aus China importierte Zutat für Säuglingsmilch, die mit Kontaminationen durch ein Toxin in Verbindung gebracht wird. Ab heute müssen EU-Zollbehörden die Hälfte der Sendungen mit arachidonsäurereichem Öl aus China prüfen. Die Schweizer Kontrollen finden an den beiden offiziellen Grenzkontrollstellen am Flughafen Zürich und am Flughafen Genf statt.

Einführung der E-ID steht bevor

Bern – Die neue elektronische Identitätskarte der Schweiz (E-ID) kann voraussichtlich ab 1. Dezember dieses Jahres eingesetzt werden. Das hat der Bundesrat bekannt gegeben. Bis zu diesem Datum lässt das Bundesamt für Justiz noch Anpassungen an der E-ID vornehmen. Konkret soll es nur für gesetzlich berechnete Anbieterinnen möglich sein, die AHV-Nummer der Nutzenden abzufragen.

Bundesrat gegen neue Stopfleber-Regeln

Bern – Der Nationalrat berät Mitte März über neue gesetzliche Regeln für den Import von Stopfleber (Foie gras). Der Bundesrat plädiert für ein Nein, wie seiner nun veröffentlichten Stellungnahme zu entnehmen ist. Die bestehenden rechtlichen Grundlagen reichten aus, es brauche deshalb keine Änderungen von Gesetzen.

SWISS LOTTO					
5	13	26	31	36	40
Glückszahl 1			Replayzahl 6		
6+1	Kein Gewinner				
6	Kein Gewinner				
5+1	5 à Fr.		13 203.80		
5	50 à Fr.		1000.00		
4+1	312 à Fr.		174.70		
4	2102 à Fr.		67.30		
3+1	4904 à Fr.		27.95		
3	30 394 à Fr.		9.60		
Im Jackpot			13 500 000.00		
Joker			8 5 8 5 4		
6	Kein Gewinner				
5	Kein Gewinner				
4	12 à Fr.		1000.00		
3	144 à Fr.		100.00		
2	1254 à Fr.		10.00		
Im Jackpot			200 000.00		

DEUTSCHES LOTTO									
9	13	25	30	37	46				
Superzahl 8									
SPIEL 77						9 980 776			
SUPER 66						785 440			

ÖSTERREICHISCHES LOTTO					
14	17	21	31	38	43
Zusatzzahl 18			Joker 180 168		
Alle Angaben ohne Gewähr					

BÖRSEN & DEVISEN	
SMI	13 977.1 (–0.1%) ↘
DOW JONES	49 482.2 (+0.6%) ↗
EURO/CHF	0.91 →
USD/CHF	0.77 →
GOLD	128 821 Fr./kg ↗
ERDÖL	70.65 \$/Fass ↘

Für die Welschen ist Deutsch wichtiger als Englisch

L'Allemand bringt mehr Argent

Vielen Kindern graut es vor dem Fremdsprachenunterricht in der Schule. Doch dieser kann sich später auszahlen – gerade in der mehrsprachigen Schweiz und besonders für Romands. Dabei zeigt sich, dass Deutsch und Französisch neben Englisch noch immer einen grossen Stellenwert haben.

François Grin (66), Professor an der Universität Genf, untersucht den Wert der Mehrsprachigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Sein Befund: **Zweisprachige Personen verdienen tendenziell mehr.** Gegenüber SRF erklärte er einmal: «Die Einkommensunterschiede bewegen sich zwischen 10 und 20 Prozent.» Bereits zur Jahrtausendwende veröffentlichte er eine Studie, die dies belegt.

Wer in der Westschweiz «gut bis sehr gut» Deutsch spreche, könne bis zu 23 Prozent mehr verdienen. Spreche hingegen jemand in der Deutschschweiz auf vergleichbarem Niveau Französisch, könne das den Lohn um bis zu 15 Prozent erhöhen.

Interessant: Während in der Studie von 1999 noch von 25 Prozent «Bonus» für «gute bis sehr gute» Englischkenntnisse ausgegangen wurde, beziffert die «Tribune de Genève» diesen Wert mit Blick auf die aktuelle Forschung nur noch auf 12 Prozent. **Englisch sei eine «erwartbare Kompetenz» und werde daher finanziell weniger geschätzt als Deutsch.**

Englisch sei zwar die Sprache der Technik, aber Deutsch bleibe die Sprache der zwischenmenschlichen Beziehung und



der Entscheidungsfindung auf 70 Prozent des Staatsgebiets, wie Thomas Portenseigne, Marketingleiter bei Manpower in Zürich, der Zeitung sagte. **Dabei seien die Anforderungen hoch:** Deutschkenntnisse unter dem Niveau B2 seien im Lebenslauf nahezu irrelevant.

Trotz der Bedeutung der Sprache Goethes sehen viele Westschweizer Schüler vor allem Englisch als «nützlichen Türöffner». Das zeigt eine nicht repräsentative Befragung von RTS an der Berufs- und Ausbildungsmesse in Lausanne. Doch auch für Deutschschweizer lohnt es sich, Französisch zu können. In mehr als einem Drittel der Stellenanzeigen in der



François Grin ist Wirtschaftsprofessor.

Schweiz werden zwei oder mehr Sprachen verlangt.

Ein möglicher Grund: Gemäss den Studien von François Grin bringt die Mehrsprachigkeit für die Schweizer Ökonomie einen Mehrwert von rund 50 Milliarden Franken, wie

er 2008 sagte.

Dennoch gerät das Frühfranzösisch in der Deutschschweiz zunehmend unter Druck. So hegte etwa 2025 das Zürcher Parlament die Absicht, dass Französisch erst ab der Sekundarstufe II unterrichtet werden soll. Auf dieser Schulstufe könne man die grammatikalisch schwierige Sprache schneller und effizienter lernen, meinen die Befürworter. Innenministerin Elisa-

beth Baume-Schneider (62, SP) hält den Entscheid hingegen im Hinblick auf den Zusammenhalt des Landes für «ein beunruhigendes Signal».

Klar ist: In Zeiten von künstlicher Intelligenz muss auch der Sprachunterricht neu gedacht werden. Yolanda Kernen, Deutschlehrerin beim Migros-Unternehmen Miduca, sagt gegenüber «Tribune de Genève», dass ihre Schüler heute keine langen Grammatiktabellen mehr auswendig lernen wollten. Heute würden feste, gebrauchsfertige Ausdrücke bevorzugt, die eine effektive Kommunikation im beruflichen Kontext ermöglichen. Vor allem mündliche Kenntnisse seien wertvoll. Besonders in der fragmentierten, aber vernetzten Schweizer Wirtschaft sei die «Kombination Französisch-Englisch-Deutsch» der Schlüssel zu den interessantesten Stellen.

PATRICK GERBER

Nach umstrittenem Pestizid-Entscheid

Parlamentsaufsicht schaut Rösti auf die Finger

Ein Machtkampf im Bundesrat ruft nun die Parlamentsaufsicht auf den Plan. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrats will Umweltminister Albert Rösti (58) genauer auf die Finger schauen. Das zeigen Blick-Recherchen. Kommissionspräsidentin Priska Wismer-Felder (55, Mitte) will das offiziell weder bestätigen noch dementieren.

Auslöser ist das Pestizid Deltamethrin. In der Landwirtschaft ist das Insektizid hochwirksam gegen Schädlinge. In Gewässern aber ist es genauso tödlich für Wasserlebewesen.

Nach auffälligen Messungen im Luzerner Fluss Wyna ging es darum, ob strengere Grenzwerte nötig sind. Der Bundesrat aber verzichtet auf Röstis Antrag hin darauf – gegen die Linie des eigenen Umweltamts. Es geht um Grenzwerte für Deltamethrin und drei weitere als schädlich eingestufte Wirkstoffe.

Zuvor habe eine Sitzung mit Bauernpräsident Markus Ritter (58) stattgefunden. Da sei entschieden worden, dass zuerst die Bauern zu fragen seien, welche Pestizi-

de für sie unverzichtbar sind, weil es keine Alternativen gebe, berichtet die «Rundschau» von SRF mit Verweis auf interne Dokumente des Bundes. **Daraufhin seien die vier Pestizide von der Liste mit spezifischen Grenzwerten gestrichen worden.**

Dagegen soll sich das Bundesamt für Justiz von SP-Bundesratskollege Beat Jans (61) gewehrt haben: Aus landwirtschaftspolitischen Gründen auf eine Anpassung zu verzichten, sei rechtswidrig. Beim Festlegen von Grenzwerten sei einzig entscheidend, wie schädlich der Stoff ist.

In der Geschäftsprüfungskommission hat GLP-Nationalrat Matthias Jauslin (63) daher beantragt, nochmals genau zu



Umweltminister Albert Rösti.

untersuchen, ob der Bundesrat bei der Festlegung von Grenzwerten im Gewässerschutz die gesetzlichen Vorgaben tatsächlich einhält. Bei der Parlamentsaufsicht scheinen Zweifel zu bestehen.

Es ist nicht das erste Mal, dass das Bundesamt für Justiz rechtliche Bedenken äussert, SVP-Bundesrat Rösti aber seine Pläne dennoch vorantreibt. Das

sei etwa beim Betrieb sogenannter Reservekraftwerke so gewesen, beim Wolf, beim Gewässerschutz oder bei der CO₂-Abgabe, wie die «NZZ am Sonntag» auflistete.

Der Bundesrat sei zum Schluss gekommen, dass beim Festlegen von Pestizidgrenzwerten das gewählte

Vorgehen rechtlich zulässig ist, wird Röstis Umweltdepartement von SRF zitiert. Die Verordnung sehe eine etappenweise Einführung von Grenzwerten vor, um prioritär dort tätig werden zu können, wo keine Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Versorgungssicherheit bestünden.

Das Bundesamt für Justiz wiederum erklärt, dass es jährlich rund 800 Projekte begleite. Nur gerade in fünf bis sechs Fällen weiche die Landesregierung von seiner Haltung ab. Insofern sei der vorliegende Fall durchaus bemerkenswert, kommentiert SRF.

Derzeit befindet sich die revidierte Gewässerschutzverordnung in der Vernehmlassung. Im Anschluss entscheidet der Bundesrat über die definitive Ausgestaltung. DANIEL BALLMER

